

Der Präsident des Deutschen Bundesrates

Bonn, den 11. August 1950

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Ich beehre mich mitzuteilen, daß der Deutsche Bundesrat in seiner 32. Sitzung am 11. August 1950 beschlossen hat, hinsichtlich des vom Deutschen Bundestage am 26. Juli 1950 verabschiedeten

Gesetzes über Personalausweise

zu verlangen, daß der Vermittlungsausschuß gemäß Artikel 77 Absatz 2 des Grundgesetzes einberufen wird.

Die Anrufung des Vermittlungsausschusses richtet sich gegen den Inhalt der §§ 1 bis 3 des Gesetzes, insbesondere gegen den nur subsidiären Charakter des Personalausweises des § 1 Absatz 2.

Arnold